

Kaniewski spricht von staatlicher Abzocke

Bürgermeister erneuert seine Kritik an Straßenausbaubeitragsatzung

GLASHÜTTEN

Dass Bürgermeister Werner Kaniewski es ablehnt, in der Gemeinde eine Straßenausbaubeitragsatzung zu erlassen, hat der Kurier bereits öfter berichtet. Bei der Bürgerversammlung im Feuerwehrhaus legte Kaniewski nach und ließ kein gutes Wort an der Aufforderung aus dem Landratsamt.

Danach soll die Gemeinde mit besagter Satzung künftig Beiträge von Anliegern kassieren, wenn Ortsstraßen modernisiert werden. „Wir sind im Gemeinderat froh, dass wir das Thema angepackt haben und dass mittlerweile durch unser Verhalten ein großes Echo ausgelöst wurde“, so der Bürgermeister. Der Gemeinderat werde der Forderung des Landratsamtes nicht nachkommen, eine Straßenausbausatzung einzuführen. Kaniewski: „Auch eine

mögliche Ersatzvornahme durch das Landratsamt wird uns von unserem Verhalten nicht abbringen.“

Derzeit laufe alles auf einen jährlich von den Hausbesitzern zu erbringenden Beitrag hinaus, wie die Aussagen aller im Landtag vertretenden Parteien zeigten, erklärte Kaniewski. Dies bedeute, dass die Bürger neben Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer zusätzlich zur Kasse gebeten werden. „Für alles ist derzeit Geld in Hülle und Fülle vorhanden, nur nicht für die eigenen Bürger“, so Kaniewski. An die Erhöhung der jährlichen Kilometerpauschale für die Gemeinde zum Unterhalt ihrer Ortsstraßen denkt aber keiner in der Politik.

Äußerst kritisch ging Kaniewski mit dem Bayerischen Gemeindetag ins Gericht. Bekanntlich haben sich die beiden Nachbargemeinden Mistelgau und Glashütten an den Gemeindetag ge-

wandt und diesen aufgefordert, die über 500 Städte und Gemeinden, die keine Straßenausbaubeitragsatzung wollen, nicht weiter zu ignorieren. Stattdessen begrüße der Gemeindetag den von den Parteien vorgeschlagenen jährlichen Beitrag, statt der Bevormundung der Gemeinden entgegen zu wirken. Dies alles habe mit dem Selbstverständnis der kommunalen Selbstverwaltung nichts mehr zu tun. „Die Straßenausbaubeitragsatzung ist eine reine staatlich organisierte Abzocke“, so der Bürgermeister.

Zwischenzeitlich hat die VG Mistelgau im Namen ihrer beiden Mitgliedsgemeinden alle 500 Kommunen im Freistaat angeschrieben, die keine Beitragsatzung für den Straßenausbau haben, und fragt sie, ob diese bereit sind, gemeinsame Aktionen mit zu unterstützen. dj